



Antrag

Bearbeitung: Sandra Odendahl (E-Mail: sandra.odendahl@luebeck.de Telefon: 122-1035)

Interfraktioneller Antrag: Dringlichkeitsantrag - Erhalt des Marienkrankenhauses

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.01.2023	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Interfraktioneller Antrag der SPD, Freie Wähler, GAL und die Linke

Die Lübecker Bürgerschaft unterstützt den Bürgermeister Jan Lindenau ausdrücklich bei seinen Bemühungen das Marienkrankenhaus am jetzigen Standort in der Parade zu erhalten und fordert die Landesregierung auf, gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Der Bürgermeister wird gebeten regelmäßig im Hauptausschuss über den aktuellen Stand der Entwicklungen zu berichten.

Begründung:

Die Verlegung des Marienkrankenhauses auf den Campus des UKSH gleicht einer Schließung und führt zu einer Zentralisierung der medizinischen Versorgung und Schwächung der niedergelassenen Fachärzte in Lübeck.

Ca. 1400, meist komplikationslose Geburten, finden jährlich im Marienkrankenhaus statt, auf Grund der guten Versorgung vor Ort und der sehr familiären Betreuung hat sich das Krankenhaus zu einer sehr beliebten Geburtsklinik entwickelt. Durch die Schließung in der Innenstadt nimmt man den schwangeren Frauen die Möglichkeit der freien Wahl, wo sie in Lübeck entbinden möchten. Aber auch ca. 4500 durchgeführte Operationen pro Jahr durch Belegärzte aus anderen Fachbereichen zeugen von einer großen Beliebtheit dieses zentralen Krankenhauses in der Parade und einer guten medizinischen Versorgung.

Anlagen:

Vorsitzende/r
der SPD-Fraktion

